

# Protokoll

über die ordentliche öffentliche Sitzung des Rates der Stadt Varel am Donnerstag,  
15.12.2011, 19:00 Uhr, im Rathaus I, Sitzungssaal, Windallee 4, 26316 Varel.

## Anwesend:

Ratsvorsitzende:

1. stellv. Ratsvorsitzender:

2. stellv. Ratsvorsitzende:

Bürgermeister:

stellv. Bürgermeister:

Ratsmitglieder:

Hannelore Schneider

Jürgen Rathkamp

Elke Vollmer

Gerd-Christian Wagner

Iko Chmielewski

Peter Nieraad

Raimund Recksiedler

Sascha Biebricher

Rudolf Böcker

Heinz Peter Boyken

Dirk Brumund

Jürgen Bruns

Hergen Eilers

Dr. Susanne Engstler

Karl-Heinz Funke

Dierk Gröne

Christoph Hinz

Jörn Kickler

Bernd Köhler

Lars Kühne

Abbes Mahouachi

Djure Meinen

Georg Ralle

Bernd Redeker

Sebastian Schmidt

Ingrid Schuster (ab TOP 4)

Steffen Schwärmer

Dr. Marko Alexander Seelig

Maren-Susan Toepler

Jörg Weden

Dorothea Weikert

von der Verwaltung:

Olaf Freitag

Marion Groß

Rolf Heeren

Dirk Heise

Meike Knop

Jörg Kreikenbohm

Rainer Rädicker

Johann Taddigs

## Tagesordnung:

### Öffentlicher Teil

- 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit des Rates
- 2 Feststellung der Tagesordnung
- 3 Genehmigung des Protokolls über die Sitzung des Rates vom 03.11.2011
- 4 Einwohnerfragestunde
- 5 Hinzugewählte Mitglieder (§ 71 Abs. 7 NKomVG)
- 6 Berichte und Anträge der Ausschüsse**
- 6.1 Verwaltungsausschuss vom 27.10.2011**
- 6.1.1 Einführung einer Winterkarte für das DanGastQuellbad
- 6.2 Verwaltungsausschuss vom 24.11.2011**
- 6.2.1 Entschädigungssatzung der Stadt Varel für die Ratsfrauen und Ratsherren und die nicht dem Rat angehörenden Ausschussmitglieder
- 6.3 Verwaltungsausschuss vom 08.12.2011**
- 6.3.1 Ausschuss für Bauen, Liegenschaften, Straßen und Verkehr vom 23.11.2011**
- 6.3.1.1 Einschaltung der Straßenbeleuchtung auch in den Nachtstunden; hier: Antrag der Menschenmüll Wähleraktion und Antrag der Wählergemeinschaft Zukunft Varel, modifiziert um den Antrag der SPD/CDU/FDP-Gruppe
- 6.3.2 Ausschuss für Stadtentwicklung, Planung und Umweltschutz vom 29.11.2011**
- 6.3.2.1 Bebauungsplan Nr. 177 - Im Tulpengrund, 1. Änderung - Abwägung und Satzungsbeschluss
- 6.3.2.2 Aufstellung eines Bebauungsplanes sowie Änderung des Flächennutzungsplanes für ein Kreisdienstleistungszentrum im Bereich der Friesland-Kaserne
- 6.3.2.3 Antrag auf Änderung des Bebauungsplanes Nr. 63 (Bereich zwischen Tweehörnweg und Südender Leke)
- 6.3.2.4 Abrundungssatzung Wilhelmshavener Straße - Abwägung und Satzungsbeschluss
- 6.3.3 Anträge an den Rat der Stadt Varel**
- 6.3.3.1 Hauptsatzung der Stadt Varel; hier: Antrag der Fraktion Zukunft Varel auf Änderung des § 8 - Öffentliche Bekanntmachung
- 6.4 Verwaltungsausschuss am 15.12.2011**
- 6.4.1 Betriebsausschuss für den Eigenbetrieb Kurverwaltung Nordseebad Dangast vom 01.12.2011**
- 6.4.1.1 Investition eines Kinderspielplatzes im Bereich Quellbad - Strand - Strandcampingplatz
- 6.4.1.2 Feststellung Wirtschaftsplan 2012
- 7 Mitteilungen des Bürgermeisters**
- 8 Anträge und Anfragen**

## Protokoll:

### Öffentlicher Teil

#### 1 **Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit des Rates**

Ratsvorsitzende Schneider eröffnet um 19.00 Uhr die ordentliche öffentliche Sitzung und stellt die ordnungsgemäße Ladung und Beschlussfähigkeit des Rates fest. Sie begrüßt die Ratsmitglieder, die Vertreter der Presse und eine Anzahl Varelner Bürgerinnen und Bürger.

Sie stellt fest, dass die Ratsherren Langer und Müller entschuldigt fehlen.

#### 2 **Feststellung der Tagesordnung**

Ratsvorsitzende Schneider stellte die Tagesordnung fest.

#### 3 **Genehmigung des Protokolls über die Sitzung des Rates vom 03.11.2011**

Das Protokoll über die Sitzung des Rates der Stadt Varel vom 03.11.2011 wird einstimmig genehmigt.

#### 4 **Einwohnerfragestunde**

Eine Einwohnerfragestunde findet mangels Wortmeldungen nicht statt.

#### 5 **Hinzugewählte Mitglieder (§ 71 Abs. 7 NKomVG) Vorlage: 486/2011**

In der Sitzung des Rates am 03.11.2011 wurden die Ausschüsse des Rates der Stadt Varel gebildet (sh. TOP 12.1 des Protokolls über die Sitzung des Rates vom 03.11.2011). Dabei wurde die Anzahl der sonstigen Personen im Sinne des § 71 Abs. 7 NKomVG, die als beratende Mitglieder an den Sitzungen der Ausschüsse teilnehmen (hinzugewählte Mitglieder), festgelegt. Die hinzugewählten Mitglieder sind durch den Rat neu zu bestimmen.

Es wird vorgeschlagen in Abstimmung mit den vorschlagsberechtigten Institutionen die im Beschlussvorschlag genannten Mitglieder in die Ausschüsse des Rates zu berufen.

**Beschluss:**

Folgende hinzugewählte Mitglieder werden in die Ausschüsse des Rates der Stadt Varel berufen:

**Ausschuss für Jugend, Familien und Soziales**

AWO	Erich Hillebrand
Vertreter der Träger der Jugendarbeit	Sascha Renken
Vertreter der Träger von Einrichtungen der Kindertagesbetreuung	Jörg Peters

**Ausschuss für Schulen, Kultur und Sport**

Vertreter der Lehrerschaft	Lothar Pupkes
1. Ersatzmitglied	Miriam Engels-Isigwe (bis 30.04.2014) Wiebke Graff (ab 01.05.2014)
Vertreter der Elternschaft	Encarnacion Luque-Aleman
1. Ersatzmitglied	Dorit Gieseke-Rohrmann
Vertreter des Sports	Jürgen Büppelmann
Vertreter der kult. Vereine	Hans-Georg Buchtmann

**Ausschuss für Feuerwehr-, Markt- und Ordnungsangelegenheiten**

Stadtbrandmeister	Werner Asseln
stellv. Stadtbrandmeister	Bernd-Achim Franz
der jeweilige Vorsitzende des Schaustellervereins Varel-Friesland, Sitz Varel	Manuel Janßen
Vertreter der Werbegemeinschaft	Hergen Schlöndorf

**Betriebsausschuss für den Eigenbetrieb Wasserwerk der Stadt Varel**

Vertreter der EWE Varel	Dipl.-Ing. Alwin Schlörmann
-------------------------	-----------------------------

**Betriebsausschuss für den Eigenbetrieb Kurverwaltung Nordseebad Dangast**

Die Wahl der Vertreter der Beteiligten gem. § 110 NpersVG findet am 06.01.2012 statt. Die dann gewählten Vertreter werden in den Betriebsausschuss berufen.

hinzugewähltes Mitglied	Vertreter
Helmut Sauer	Ina-Maria Abken-Ziegler

**Einstimmiger Beschluss****6 Berichte und Anträge der Ausschüsse****6.1 Verwaltungsausschuss vom 27.10.2011**

### 6.1.1 Einführung einer Winterkarte für das DanGastQuellbad Vorlage: 399/2011

#### Beschluss:

Die Eintrittstarife für das DanGastQuellbad werden mit den folgenden zusätzlichen Tarifen ergänzt:

	ohne VDC	mit VDC
Winterkarte Erwachsene	75,00 €	67,50 €
Winterkarte Kinder	37,50 €	33,75 €
Winterkarte Familie	150,00 €	- -

Die Verwaltung wird ermächtigt das Angebot umgehend einzuführen.

#### Einstimmiger Beschluss

### 6.2 Verwaltungsausschuss vom 24.11.2011

#### 6.2.1 Entschädigungssatzung der Stadt Varel für die Ratsfrauen und Ratsherren und die nicht dem Rat angehörenden Ausschussmitglieder Vorlage: 369/2011

In der konstituierenden Sitzung des Rates am 03.11.2011 hat der Rat über die Entschädigungssatzung der Stadt Varel für die Ratsfrauen und Ratsherren und die nicht dem Rat angehörenden Ausschussmitglieder beschlossen. In der Vorbereitung zu diesem Beschluss kam es zu einem formalen Fehler, daher wird empfohlen die Satzung erneut zu beschließen.

Die Fraktion Zukunft Varel spricht sich gegen die Entschädigungssatzung aus, denn sie lehnt die Einführung des Sitzungsgeldes ab. Da an alle Ratsmitglieder, auch die, die nicht den einzelnen Ausschüssen als Mitglied angehören, Sitzungsgeld gezahlt werden soll, besteht aus Sicht des Ratsherrn Funke die Gefahr, dass die Kosten steigen, weil Ratsmitglieder nur aufgrund des Sitzungsgeldes an einer Sitzung teilnehmen. Insgesamt liegt Varel mit der Entschädigung (Pauschale + Sitzungsgeld) knapp unter der Obergrenze, die die Entschädigungskommission für Kommunen bis 30.000 Einwohner festgelegt hat. Aus seiner Sicht sollte daher auf das Sitzungsgeld, das nach ersten Schätzungen der Verwaltung jährlich ca. 23.000 € beträgt, verzichtet werden, um davon lieber andere wichtige Dinge in der Stadt, z. B. die durchgehende Straßenbeleuchtung, zu finanzieren. Darüber hinaus entsteht durch die Einführung des Sitzungsgeldes ein deutlich erhöhter Verwaltungsaufwand.

Ratsherr Eilers ist sich bewusst, dass die Entschädigung der Ratsmitglieder einer besonders kritischen Beobachtung durch die Bürger unterliegt. Seine Fraktion kann diesem Entwurf aber zustimmen, da sie sich an die Vorgaben der Entschädigungskommission hält. Die Entschädigungskommission schlägt neben der Zahlung einer Pauschale ein Sitzungsgeld vor, um den höheren Aufwand Einzelner zu honorieren. Zur Transparenz sollten die jährlichen Entschädigungszahlungen an die einzelnen Ratsmitglieder offen gelegt werden. Aus seiner Sicht richtet sich die Entschädigung der Ratsmitglieder an die Erforderlichkeit und Angemessenheit. Eine

Entschädigung hält er grundsätzlich für erforderlich, um allen Bürgern, unabhängig von ihrer persönlichen finanziellen Situation, die Möglichkeit zu geben im Rat mitzuarbeiten. Die Höhe der Entschädigung wird von der Gruppe SPD/CDU/FDP als angemessen angesehen, da sie sich im Vergleich zu anderen Gemeinden eher im unteren Bereich befindet. Es sei auch zu bedenken, dass der Rat erst im letzten Jahr die Entschädigung um 10 % gekürzt hat.

Aus Sicht des Rats Herrn Hinz findet die entscheidende Ratsarbeit in den Ausschusssitzungen statt. Es sollten daher alle honoriert werden, die an diesen Sitzungen teilnehmen, auch wenn sie nicht Mitglied sind. Es war schon immer so, dass einige fleißiger sind, als andere und das honoriert jetzt das Sitzungsgeld. Er hält es daher für deutlich gerechter als eine Pauschale. Wenn an der Entschädigung gespart werden sollte, dann aus seiner Sicht eher an der Pauschale.

Ratsherr Bruns wehrt sich dagegen, dass Ratsmitgliedern unterstellt wird, dass sie zu Sitzungen gehen, um Sitzungsgeld zu bekommen. Die Ausschüsse sind das Herz der Kommunalpolitik und es ist daher immer zu begrüßen, wenn auch Ratsmitglieder, die nicht Mitglied des Ausschusses sind, sich für die Themen interessieren und aktiv mitarbeiten. Er schlägt vor, zunächst Sitzungsgeld in der vorgeschlagenen Form zu zahlen und am Ende des Jahres die entstandenen tatsächlichen Kosten genau zu betrachten. Sollte es dann notwendig erscheinen, kann es korrigiert werden.

Ratsherr Meinen weist auf einen Artikel aus Sande hin, in dem die Sander Fraktion Bündnis 90/Die Grünen die Entschädigungssatzung der Stadt Varel falsch zitierte. Dies wurde intern diskutiert und korrigiert.

Die Fraktion MMW spricht sich für eine Anpassung der Entschädigungssatzung aus. Es geht nicht darum, dass Ratsmitglieder durch die Entschädigung zu Reichtum kommen, sondern, dass ihr Aufwand ersetzt wird. Dabei ist Sitzungsgeld ein richtiger Weg, um den erhöhten Aufwand einzelner zu honorieren. Bereits im letzten Jahr wurde die Aufwandsentschädigung um 10 % gekürzt. Zusätzlich hat der neue Rat 4 Ratsmitglieder weniger. Für kleine Parteien ist der Aufwand für den einzelnen häufig wesentlich höher, das rechtfertigt aus Sicht des stellv. Bürgermeisters Chmielewski die Zahlung von Sitzungsgeld. Sollte es sich zeigen, dass die Gesamtsumme der Entschädigung in die Höhe schnellte, kann über eine Änderung geredet werden.

Ratsherr Funke verweist nochmals auf die von der Verwaltung dem Protokoll über die Sitzung des Verwaltungsausschusses vom 24.11.2011 beigefügte Kostenkalkulation und betont, dass die Stadt damit nur 580 € im Jahr unter der Obengrenze der Entschädigungskommission liegt. Bezug nehmend auf die Äußerung von Herrn Hinz kann er sich auch mit einer Senkung der Pauschale einverstanden erklären, bevorzugt aber eine Streichung des Sitzungsgeldes, da damit ein hoher Verwaltungsaufwand verbunden ist.

### **Beschluss:**

Die dem Protokoll über die Sitzung des Verwaltungsausschusses vom 24.11.2011 anliegende Entschädigungssatzung der Stadt Varel für die Ratsfrauen und Ratsherren und die nicht dem Rat angehörenden Ausschussmitglieder wird beschlossen.

### **Mehrheitlicher Beschluss**

**Ja: 24 Nein: 4 Enthaltungen: 3**

### 6.3 Verwaltungsausschuss vom 08.12.2011

#### 6.3.1 Ausschuss für Bauen, Liegenschaften, Straßen und Verkehr vom 23.11.2011

##### 6.3.1.1 **Einschaltung der Straßenbeleuchtung auch in den Nachtstunden; hier: Antrag der Menschenmüll Wähleraktion und Antrag der Wählergemeinschaft Zukunft Varel, modifiziert um den Antrag der SPD/CDU/FDP-Gruppe Vorlage: 460/2011**

Stellv. Bürgermeister Chmielewski verweist auf den Antrag der Fraktion MMW, die Straßenbeleuchtung auch in den Nachtstunden einzuschalten und einen Beschluss über einen schrittweisen Austausch veralteter Beleuchtungstechnik zu fassen. Der modifizierte Antrag der Gruppe SPD/CDU/FDP hat den zweiten Teil ihres Antrages mit aufgenommen. Sie wollen daher den Beschluss nicht blockieren und werden sich zum Teil enthalten bzw. zustimmen.

Ratsherr Eilers weist darauf hin, dass der Beschluss zur Abschaltung der Straßenbeleuchtung in den Nachtstunden damals aus finanziellen und ökologischen Gesichtspunkten gefasst wurde. Es hat sich gezeigt, dass dadurch, abgesehen vom ökologischen Nutzen, Einsparungen in Höhe von ca. 76.000 €/Jahr erzielt werden konnten. Wichtig ist, dass dann, wenn sich viele Menschen auf der Straße bewegen, dass Licht an ist. Der Vorschlag sieht vor, dass in einer Kernzeit von 1.00 Uhr bis 5.00 Uhr das Licht nicht brennt, dieses ist aus Sicht des Ratsherrn Eilers zumutbar. Er hält eine Bürgerbefragung zu dem Thema nicht für notwendig, denn es geht nicht darum das Licht komplett aus oder an zu schalten. Die SPD/CDU/FDP-Gruppe hat mit diesem Vorschlag eine Lösung gefunden, die für die Mehrheit tragfähig ist. So wie er es wahrnimmt, wünschen die Bürger sich jetzt eine zügige abschließende Entscheidung. Es ist wichtig, dass immer das Defizit der Stadt im Auge behalten wird, der jetzt gefundene Kompromiss ist daher ein guter. Ratsherr Eilers bittet um breite Zustimmung.

Um das Licht in Varel hat es viele kontroverse Diskussionen gegeben, daher waren die Verhandlungen in der Gruppe nach Aussage des Ratsherrn Bruns auch sehr schwierig. Die Gruppe hat aber im Rahmen der Gesamtverhandlungen um eine gemeinsame Politik in den nächsten fünf Jahren einen guten und wichtigen Kompromiss gefunden. In großen Teilen der Bevölkerung fand Ratsherr Bruns dafür bereits Anerkennung und Akzeptanz. Insgesamt ist es aber wichtig in der Zukunft das Thema Energiewirtschaft und Energieeinsparung unter anderem bei den städtischen Liegenschaften zu betrachten. Dieses wird sicherlich noch häufig Gegenstand im Fachausschuss sein. Er hofft, dass der jetzt gefundene Kompromiss über die Einschaltung des Lichts eine breite Mehrheit im Rat findet. Insgesamt sieht Ratsherr Bruns diesen Kompromiss auch als ein Signal an den Rat, dass die Gruppe durchaus bereit ist, in Zukunft Kompromisse einzugehen, um Entscheidungen auf breiter Mehrheit im Rat zu stützen.

Aus Sicht des Ratsherrn Funke gab es bei der Kommunalwahl am 11.09.2011 ein eindeutiges Votum der Bürger für „Licht an“. Die Gruppe, die das Licht abgeschaltet hat, ist abgewählt worden. Die SPD hat sich vor der Wahl klar für „Licht an“ ausgesprochen. Sie hätte daher aus Sicht des Ratsherrn Funke überhaupt nicht in den Verhandlungen mit der CDU von ihrer Position abgehen müssen. Erst recht nicht,

da es im neuen Rat eine breite Mehrheit für „Licht an“ gibt. Ein derartiger Kompromiss war nicht notwendig. Er hätte den Kompromiss verstehen, wenn auch nicht zustimmen können, wenn im Gegenzug eine andere wichtige Position der SPD, wie der Wegfall des Straßenausbaubeitrages oder der Fremdenverkehrsabgabe, dafür gestrichen worden wäre. Aber dies ist nicht geschehen, andere Belastungen für den Bürger sind nicht im Gegenzug dafür wegverhandelt worden.

Die Mehrheitsgruppe verweist in ihrer Begründung oft auf andere Kommunen. Ein Vergleich mit anderen Kommunen kann aus Sicht des Rats Herrn Funke aber nicht gezogen werden, ohne die Steuersätze zu betrachten. 2009 hat die Stadt Varel die Grundsteuer B erhöht, mit der Begründung das Varel besondere Leistungen für ihre Bürger bietet, wie z. B. den Seniorenpass und das durchgängige Licht. Beides wird den Bürgern aber nicht mehr geboten. Die Leistungen wurden zurück geschraubt, aber die Steuersätze nicht gesenkt. Aus seiner Sicht will die Gruppe nicht sparen, sondern setzt klar andere Prioritäten.

Er schlägt vor, die zusätzlichen Kosten für die durchgehende Straßenbeleuchtung in Höhe von 46.000 € zur Hälfte durch die Streichung des Sitzungsgeldes bei der Entschädigung für die Ratsmitglieder und zur anderen Hälfte durch eine moderate Erhöhung der Zweitwohnungssteuer zu finanzieren. Er bedauert sehr, dass das eindeutige Votum der Bürger bei der Wahl nicht berücksichtigt wird.

Ratsherr Hinz möchte widersprechen, dass am 11.09.2011 vordergründig über das Licht in Varel entschieden wurde. Für viele Vareler Bürger standen andere Dinge klar im Vordergrund. Es ist daher falsch, wenn behauptet wird, dass die Vareler Bürger sich durch die Wahl am 11.09.2011 eindeutig für „Licht an“ entschieden haben. Grundsätzlich hätte er sich gegen den heutigen Antrag ausgesprochen, da er aber sehr froh darüber ist, dass ein Kompromiss gefunden wurde, wird er sich enthalten. Dies zeigt ihm, dass die Mehrheitsgruppe gewillt ist, in ihrer Politik Kompromisse einzugehen und gibt ihm Hoffnung, dass in den nächsten fünf Jahren gute Politik gemacht wird.

#### **Beschluss:**

Das Licht wird von Sonntag bis Donnerstag bis 1.00 Uhr nachts und an den Tagen Freitag und Samstag durchgehend eingeschaltet. Die Beleuchtung wird auch bei allen Festen, die in den späten Abend bzw. die Nacht hineingehen, in der Woche sowie an den Wochenenden eingeschaltet. Der zuständige Fachausschuss wird beauftragt, Einsparungsmöglichkeiten zu erarbeiten, um die Mehrausgaben zu kompensieren. Des Weiteren werden technische Möglichkeiten erarbeitet, um möglichst effizient die Lichteinschaltung zu steuern. Wie sich diese technischen Möglichkeiten in dem System der Vareler Lichanlagen dann wirkungsvoll einsetzen lassen, ist von der Verwaltung zu erarbeiten.

#### **Mehrheitlicher Beschluss**

**Ja: 19 Nein: 6 Enthaltungen: 6**

### **6.3.2 Ausschuss für Stadtentwicklung, Planung und Umweltschutz vom 29.11.2011**

**6.3.2.1 Bebauungsplan Nr. 177 - Im Tulpengrund, 1. Änderung - Abwägung und Satzungsbeschluss  
Vorlage: 438/2011**

Die Fraktion MMW spricht sich aus politischen Gründen gegen diesen Antrag aus. Die Gesetzgebung lässt den Kommunen jetzt weitestgehend freie Hand, was die Gestaltung von Kinderspielflächen angeht. Dieses sollte eigentlich dazu führen, dass die Kommunen in einen Wettbewerb treten und ihre Bebauungsgebiete optimal ausstatten, um dem demografischen Wandel entgegen zu treten. In diesem Bebauungsgebiet wurde zunächst der Spielplatz am Rand, an einer unattraktiven Stelle ausgewiesen. Dieses wurde zum Glück korrigiert, aber gleichzeitig der Spielplatz sehr verkleinert, so dass er nicht mal mehr den früheren Grundsätzen entspricht. Diese Richtung ist zwar rechtlich korrekt, es hätte aber auf freiwilliger Basis vom Investor mehr eingefordert werden können. Die Stadt sollte daher den Anfängen wären und dem demografischen Wandel im Einzelnen entgegenzutreten.

**Beschluss:**

Die dem Protokoll über die Sitzung des Ausschusses für Stadtentwicklung, Planung und Umweltschutz vom 29.11.2011 anliegenden Abwägungsvorschläge werden zum Beschluss erhoben. Die 1.Änderung des Bebauungsplanes Nr. 177 – Im Tulpengrund nebst Begründung wird als Satzung beschlossen.

**Mehrheitlicher Beschluss**

**Ja: 23 Nein: 4 Enthaltungen: 3 Befangen: 1**

Ratsherr Kühne nimmt aufgrund des Mitwirkungsverbot es nicht an der Beratung und Beschlussfassung teil.

**6.3.2.2 Aufstellung eines Bebauungsplanes sowie Änderung des Flächennutzungsplanes für ein Kreisdienstleistungszentrum im Bereich der Friesland-Kaserne  
Vorlage: 435/2011**

Auch wenn die Fraktion MMW sich im Kreistag für den Bau des Kreisdienstleistungszentrums ausgesprochen hat und im Grunde auch inhaltlich dafür ist, werden sie sich heute enthalten, da sie der Finanzierung nicht zustimmen. Über die Fördermaßnahmen wird die Stadt Varel in nicht unerheblicher Höhe an den Kosten beteiligt. Unter den gegebenen Umständen sieht Ratsherr Chmielewski zurzeit nicht die Möglichkeit der Stadt Varel, sich mit einem derartigen finanziellen Beitrag an dem Dienstleistungszentrum des Landkreises zu beteiligen.

Die Fraktion Zukunft Varel wird diesen Antrag unterstützen, da es hier um die Aufstellung des Bebauungsplanes geht. Ratsherr Funke bittet um eine genaue Aufstellung der Beteiligung der Stadt Varel. Über die genaue Höhe der Beteiligung muss aus seiner Sicht noch verhandelt werden.

**Beschluss:**

Gemäß §§ 2, 5 und 30 wird die Aufstellung eines Bebauungsplanes für einen Teilbereich der Friesland-Kaserne unter gleichzeitiger Änderung des Flächennutzungsplanes der Stadt Varel beschlossen. Der Geltungsbereich ist dem dem Protokoll über die Sitzung des Ausschusses für Stadtentwicklung, Planung und Umweltschutz vom 29.11.2011 anliegenden Lageplan zu entnehmen. Es handelt sich um

die 17. Änderung des Flächennutzungsplanes; der Bebauungsplan erhält die Nummer 205.

**Mehrheitlicher Beschluss**

**Ja: 27 Enthaltungen: 3 Befangen: 1**

Ratsherr Biebricher nimmt aufgrund des Mitwirkungsverbot es nicht an der Beratung und Beschlussfassung teil.

**6.3.2.3 Antrag auf Änderung des Bebauungsplanes Nr. 63 (Bereich zwischen Tweehörnweg und Südender Leke)  
Vorlage: 427/2011**

**Beschluss:**

Gemäß §§ 2 und 30 wird die Durchführung des Verfahrens zur Änderung des Bebauungsplanes Nr. 63 beschlossen. Der Geltungsbereich ist dem dem Protokoll über die Sitzung des Ausschusses für Stadtentwicklung, Planung und Umweltschutz vom 29.11.2011 anliegenden Lageplan zu entnehmen. Es handelt sich um die 11. Änderung des Bebauungsplanes. Die Änderung soll im beschleunigten Verfahren nach § 13 a BauGB durchgeführt werden. Die Planung ist dem Antragsteller mit städtebaulichem Vertrag zu übertragen.

**Einstimmiger Beschluss**

**6.3.2.4 Abrundungssatzung Wilhelmshavener Straße - Abwägung und Satzungsbeschluss  
Vorlage: 439/2011**

**Beschluss:**

Die dem Protokoll über die Sitzung des Ausschusses für Stadtentwicklung, Planung und Umweltschutz vom 29.11.2011 anliegenden Abwägungsvorschläge werden zum Beschluss erhoben. Die Abrundungssatzung Wilhelmshavener Straße nebst Begründung wird beschlossen.

**Einstimmiger Beschluss**

**6.3.3 Anträge an den Rat der Stadt Varel**

**6.3.3.1 Hauptsatzung der Stadt Varel; hier: Antrag der Fraktion Zukunft Varel auf Änderung des § 8 - Öffentliche Bekanntmachung  
Vorlage: 480/2011**

Ratsherr Boyken regt an, in den Hinweisbekanntmachungen für die Sitzungen des Rates und seiner Ausschüsse die wichtigsten Themen der Sitzung mit zu veröffentlichen, wie es die Gemeinden Schortens und Zetel machen.

**Beschluss:**

§ 8 der Hauptsatzung der Stadt Varel wird wie folgt geändert:

**§ 8**  
**Öffentliche Bekanntmachungen**

(1) *Satzungen, Verordnungen, Genehmigungen von Flächennutzungsplänen und öffentliche Bekanntmachungen der Stadt sowie ortsübliche Bekanntmachungen werden in der Nordwest-Zeitung – Der Gemeinnützige - verkündet bzw. bekannt gemacht.*

(2) *Sind Pläne, Karten und Zeichnungen Bestandteil einer bekanntzumachenden Angelegenheit, so erfolgt die öffentliche Bekanntmachung dieser Teile durch Auslegung während der Dienststunden im Rathaus in Varel. Sofern keine andere Zeit bestimmt ist, beträgt die Auslegungsdauer zwei Wochen. Die Ersatzbekanntmachung ist zusammen mit der Rechtsvorschrift zu veröffentlichen.*

**Mehrheitlicher Beschluss dagegen**

**Ja: 5 Nein: 25 Enthaltungen: 1**

**6.4 Verwaltungsausschuss am 15.12.2011****6.4.1 Betriebsausschuss für den Eigenbetrieb Kurverwaltung Nordseebad Dangast vom 01.12.2011****6.4.1.1 Investition eines Kinderspielplatzes im Bereich Quellbad - Strand - Strandcampingplatz  
Vorlage: 469/2011**

Die Fraktion Zukunft Varel wird sich der Stimme enthalten, da sie Kosten in Höhe von 250.000 € für einen Kinderspielplatz für viel zu hoch erachten, insbesondere da man den Spielplatz vom Strand aus nicht mal sehen kann. Für Kinder ist ohnehin der Strand am wichtigsten.

Aus Sicht des Rats Herrn Bruns handelt es sich hier um eine einmalige Chance für Dangast eine wirklich nachhaltige Attraktion zu errichten, die auf keinen Fall vertan werden sollte, insbesondere nicht da sie durch hohe Fördermittel unterstützt wird. Es ist ein wichtiges Instrument, um deutlich zu zeigen, dass die Stadt sich für familienfreundlichen Tourismus ausspricht. Mehreinnahmen führen über die Jahre zu einer Refinanzierung des städtischen Anteils. Die SPD/CDU/FDP begrüßt die Entwicklung. Besonders gut ist, dass der Spielplatz vom Strand und vom Quellbad gleichermaßen genutzt werden kann.

**Beschluss:**

Es wird beschlossen die Investition in den Kinderspielplatz im Bereich Quellbad –

Strand – Strandcampingplatz mit folgenden Rahmenbedingungen durchzuführen:

Bruttosumme		250.000,00 €
./. Vorsteuer		39.915,97€
Netto		210.084,03 €
50 % Zuschuss aus Leader		105.042,02 €
Zuschuss Landkreis Friesland	30% v. Rest	31.512,60 €
und der Finanzierung des Eigenanteils in Höhe von		<b>73.529,42 €</b>

Die Investition ist im Wirtschaftsplan 2012 veranschlagt und wird nur durchgeführt, wenn die geplanten Zuschüsse in voller Höhe realisiert werden.

#### **Mehrheitlicher Beschluss**

**Ja: 26 Enthaltungen: 5**

#### **6.4.1.2 Feststellung Wirtschaftsplan 2012**

**Vorlage: 470/2011**

Resultierend aus der Entscheidung zu TOP 6.4.1.1 wird sich die Fraktion Zukunft Varel auch bei dieser Entscheidung enthalten.

Ratsherr Eilers hebt die positive Entwicklung in Dangast hervor. Die Attraktivität wird gesteigert und gleichzeitig das Defizit gesenkt. 2001 lag das Defizit in Dangast noch bei 1,2 Mio. € und stieg dann über die Jahre auf 1,6 Mio. €, nun können wir voraussichtlich das Jahr 2011 mit einem Defizit von, 1,15 Mio. € beenden, wobei die Erwartungen des Wirtschaftsplanes noch verbessert werden konnten. Es ist daher wichtig, dass in Dangast die gute Arbeit fortgesetzt wird. Dabei steht auch in den nächsten Jahren die Senkung des Defizits weiterhin im Fokus. Für die weitere Entwicklung in Dangast ist es aber sehr wichtig, dass ein breites Angebot vorgehalten wird, Dangast muss wettbewerbsfähig bleiben. Wichtig ist daher, dass die Politik die Arbeit der Kurverwaltung konstruktiv kritisch begleitet und die Zusammenarbeit mit allein in Dangast engagierten Personen und Vereinen unterstützt.

Aus Sicht des Ratsherrn Chmielewski ist es etwas besonderes, dass die Fraktion MMW erstmalig einem Wirtschaftsplan der Kurverwaltung Dangast zustimmen kann. Die hohen Defizite der letzten Jahre führten auch zu Einschränkungen in anderen Bereichen. Die Einstellung eines Interimmanagers war eine richtige Entscheidung, hätte nur aus ihrer Sicht früher geschehen sollen. Insbesondere durch das Aqualon-Gutachten ist viel Geld unnötig verloren gegangen. Jetzt kommt die Stadt dem Ziel der Defizitreduzierung näher. Die Fraktion MMW setzt großes Vertrauen in den Kurdirektor und hofft, dass seine Arbeit in Zukunft Früchte tragen wird.

#### **Beschluss:**

Dem Entwurf des Wirtschaftsplans für den Eigenbetrieb der Stadt Varel Kurverwaltung Nordseebad Dangast für das Wirtschaftsjahr 2012 mit den folgenden Angaben:

- |      |   |              |
|------|---|--------------|
| 1.   | Es betragen   |              |
|      | im Erfolgsplan  | Euro         |
|      | die Erträge   | 1.418.700,00 |
|      | die Aufwendungen  | 2.476.700,00 |
|      | der Jahresverlust 1.058.000,00  |              |
|      | auszugleichen aus dem Haushalt  |              |
|      | der Stadt Varel   |              |
| 1.2. | im Vermögen   |              |
|      | die Deckungsmittel 398.200,00   |              |
|      | der Finanzbedarf  | 398.200,00   |
| 2.   | Sonstige Festsetzungen  |              |
| 2.1. | Der Gesamtbetrag der vorhergesehenen Kreditaufnahmen für Investitionen (Kreditermächtigungen) wird auf 0 € festgesetzt.   |              |
| 2.2. | Der Gesamtbetrag der Verpflichtungsermächtigungen wird auf 0,00 € festgesetzt.  |              |
| 2.3. | Der Höchstbetrag, bis zu dem Kassenkredite im Wirtschaftsjahr 2012 zur rechtzeitigen Leistung von Ausgaben in Anspruch genommen werden können, wird auf 235.000,00 € festgesetzt. |              |

wird für das Wirtschaftsjahr 2012 zugestimmt.

#### **Mehrheitlicher Beschluss**

**Ja: 26 Enthaltungen: 5**

## **7 Mitteilungen des Bürgermeisters**

Bürgermeister Wagner gibt einen kurzen Rückblick auf das Jahr 2011. Er bedankt sich bei allen neuen und alten Ratsmitgliedern für die gute Zusammenarbeit, bei der Presse für die konstruktive, wohlwollende Berichterstattung sowie ganz besonders bei seiner Verwaltung für ihre tatkräftige Unterstützung. Er wünscht allen eine besinnliche Vorweihnachtszeit, frohe Weihnachten und für das neue Jahr neben guten Entscheidungen, vor allem Gesundheit.

## **8 Anträge und Anfragen**

Im Kreistag wurde nach Auskunft von Ratsherrn Funke von einem Vareler Kreistagsabgeordneten gesagt, dass es in einigen städtischen Wohnungen in Neuenwege und Obenstrohe durchregnet. Bürgermeister Wagner erwidert, dass solche Schäden, sofort behoben werden, sobald sie bekannt sind.

Ratsvorsitzende Schneider wünscht allen gesegnete Weihnachten und einen guten Rutsch ins neue Jahr.

Um 20.30 Uhr schließt Ratsvorsitzende Schneider die öffentliche Sitzung.

Zur Beglaubigung:

gez. Hannelore Schneider  
(Vorsitzende/r)

gez. Gerd-Christian Wagner  
(Bürgermeister)

gez. Marion Groß  
(Protokollführer/in)